

**Brief an Kreis- und Ortsverbände: Offensive für ein menschliches Sachsen**

Beschluss aus der Landesvorstandsklausur vom 25. -27. September 2015

---

**Beschluss:**

Der Landesvorstand beschließt, folgenden Brief an die Vorstände der Orts- und Kreisverbände zu senden und über die „Offensive für ein menschliches Sachsen“ gemeinsam mit dem Jugendverband und den parteinahen Bildungsträgern in der Landeszeitung und auf der Website des Landesverbandes zu informieren. Mit dem Brief werden ein Informationsfaltblatt und dazu die Ideenskizze für ein linkes Einwanderungsgesetz versendet.

**Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet ([www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de))

**Die Information sollen erhalten:**

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, linksjugend [?solid] Sachsen

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 25. September 2015



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf dem vergangenen Parteitag unseres Landesverbandes in Neukieritzsch wurden nicht nur ein neuer Landesvorstand gewählt und in überwältigender inhaltlicher Geschlossenheit die politischen Grundlagen für unsere Arbeit in den nächsten zwei Jahren gelegt, sondern ebenso wurde sehr intensiv über die aktuellen politischen Probleme in Sachsen, Deutschland, Europa und darüber hinaus diskutiert – insbesondere im Zusammenhang mit den vielen in unser Land flüchtenden Menschen. Große Einigkeit bestand darin, dass die zahlreichen Gewalttaten und fremdenfeindlichen Kundgebungen, die das öffentliche Bild Sachsens prägen, von der LINKEN klar verurteilt werden. Wir stellen uns auf die Seite der Flüchtlinge, wir sind die Partei der Flüchtlingshelfer und -helferinnen. Dieses klare Signal sendete unser Parteitag und wir gehen davon aus, dass es nicht zuletzt diese klare politische Botschaft war, die eine der Ursachen für den feigen Anschlag auf unser Tagungsgelände ist.

In vielen Ortsverbänden unserer Partei wird zu diesen Themen intensiv diskutiert und es besteht die Frage, wie wir uns öffentlich dazu verhalten können. Der Parteitag hat deshalb die „Offensive für ein menschliches Sachsen“ beschlossen. In Abstimmung mit den der LINKEN Sachsen nahestehenden Bildungsträgern und in Kooperation mit den Fraktionen DIE LINKE auf allen Ebenen sowie der linksjugend solid Sachsen bieten wir verstärkt Veranstaltungen an, die dazu dienen sollen, rassistische Denkweisen und Argumente zu widerlegen, über Vorurteile aufzuklären und antirassistisches Handeln zu unterstützen. DIE LINKE. Sachsen schärft damit ihr antirassistisches Profil und tritt konsequent gegen menschenfeindliches Denken und Handeln auf.

Wir bitten euch, die beigelegten Informationen zu prüfen und in eure politische Arbeit vor Ort zu integrieren. Dabei geht es sowohl um öffentliche Veranstaltungen als auch um Diskussionen in der Parteigruppe, die in diesem Zusammenhang durchaus auch für interessierte BürgerInnen geöffnet werden könnten.

Darüber hinaus informieren wir euch über ein Diskussionspapier der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Thüringischen Landtag und im Abgeordnetenhaus Berlin, Susanne Hennig-Welsow und Udo Wolf, zu linken Eckpunkten für ein Einwanderungsgesetz. Auch dieses Thema wird ja derzeit intensiv diskutiert, auf Grundlage des Papiers der beiden GenossInnen kann das Thema sehr gut im Ortsverband diskutiert werden. Der Landesparteitag hat dazu folgendes beschlossen: „

Uns ist bewusst, dass für diese Menschen, die eine neue Perspektive in unserem Land suchen, das Mittel des Asyls nicht der richtige Weg ist. Viele von ihnen müssen die Bundesrepublik aufgrund der restriktiven Asyl- und Zuwanderungsgesetzgebung wieder verlassen. Aber auch diese Menschen haben ein Recht auf ihr persönliches Glück und die Freiheit der Entfaltung. Dass Menschen sich in dieser Hoffnung auf den Weg machen, ist für uns nicht verwunderlich und erst recht nicht verwerflich. Weil für uns jedes menschliche Leben gleichwertig ist, können und wollen wir ihnen dies nicht verwehren. Aber für diese Menschen benötigen wir andere Mittel: Zum einen das Mittel der Einwanderung, hier ist der Bund in der Pflicht, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir lehnen dabei jedwede Argumentation nach „Nützlichkeitslogik“ ab. Jeder Mensch muss ein Recht auf Freizügigkeit haben!“

Selbstverständlich unterstützen wir euch bei der Suche nach ReferentInnen auch zu diesem Thema.

Mit herzlichen Grüßen